

# Der China-Solomon Islands-Security-Deal: der erste Schritt zu einer chinesischen Marinebasis im Pazifik

Hermann Mückler

Nr. 09/2022

## Darum geht's

Als Vertreter der Regierung der Solomon Islands am 31. März 2022 verlautbarten, dass sie mit China eine Absichtserklärung für die Unterzeichnung eines Sicherheitsvertrages abgeschlossen hätten, schrillten bei US-Amerikanern, Australiern und Neuseeländern, aber auch bei einigen Regierungen der benachbarten Inselstaaten, die Alarmglocken. Aus der Erklärung vorab bekannt gewordene Details implizieren, dass es China erlaubt werden soll, Sicherheits- und Militärpersonal auf den Solomon Islands zu stationieren und dass der Inselstaat jederzeit bei den Chinesen Unterstützung zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung einfordern könne. Auch wenn nach dem Aufschrei der westlichen Mächte, die damit eine permanente chinesische Präsenz in dem melanesischen Inselstaat befürchten, die salomonischen Regierungsvertreter zu beschwichtigen versuchten und auf die noch nicht im Detail ausgearbeiteten Passagen des finalen Sicherheitsvertrages verwiesen, herrscht seither eine massive Unruhe in der Region sowie bei den westlichen Mächten. Diese sehen diese Entwicklung im Kontext des kontinuierlichen Vorrückens Chinas in den insularpazifischen Raum, was zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse führt, die derzeitigen Eindämmungsstrategien in ihrer Wirksamkeit in Frage stellt und eine strategische Neupositionierung erfordert.

## Die Faktenlage

Die Salomonen-Inseln sind ein Staat in Melanesien, einer der drei Subregionen Ozeaniens. Der zerklüftete Staat besteht aus

sechs größeren und über 900 kleineren Inseln. Hervorhebenswert sind die Hauptinsel Guadalcanal, auf der sich an dessen Nordküste die Hauptstadt Honiara befindet, sowie die zwar flächenmäßig etwas kleinere, aber bevölkerungsmäßig größte Insel des Archipels, Malaita, mit der Provinzhauptstadt Auki. Der 1978 aus einer britischen Kolonie hervorgegangene Inselstaat mit ca. 28.400 km<sup>2</sup> Landfläche hat nur etwas weniger als eine dreiviertel Million Einwohner und ist Mitglied im Commonwealth of Nations. Ökonomisch wichtig ist die große exklusive Nutzungszone (EEZ – Exclusive Economic Zone), die durch weit voneinander entfernt liegende Inseln eine große maritime Fläche umfasst.

Im Vergleich zu anderen Staaten Melanesiens zeichnen sich die Solomon Islands durch ein extremes Zentrum-Peripherie-Gefälle aus, d.h. die durch den Verkauf der natürlichen Ressourcen (Edelhölzer, Gold) erwirtschafteten Gelder fließen zu einem Großteil in die Hauptstadt bzw. nach Guadalcanal. Diese Ungleichverteilung hatte bereits ab dem Jahr 1998 bis 2003 insbesondere auf Guadalcanal, aber auch in der westlichen Provinz Gizo zu bürgerkriegsartigen Unruhen geführt, die nur durch eine multinationale und von Australien angeführte Friedensmission (RAMSI – Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) über einen langen Zeitraum von 2003 bis 2017 wieder befriedet werden konnte. Insbesondere das Verhältnis zwischen Malaita und Guadalcanal gilt als angespannt. Viele Malaiter arbeiten auf Guadalcanal und sind dort auch in einflussreichen Schlüsselpositionen in Honiara zu finden, während die Guadalcanaler diese am

liebsten nach Malaita zurücksenden würden. Bereits während der gewalttätigen Unruhen im Jahr 2000 wurden in Honiara chinesische Geschäfte geplündert, was bei ähnlichen Unruhen 2006 noch deutlich gesteigerte Ausmaße annahm und auf die Dominanz der Chinesen im Handel zurückzuführen ist.

Im November 2021 kam es in Honiara zu den seit 2003 schwersten Unruhen, bei denen wiederum das Chinesenviertel der Hauptstadt zum Teil eingeäschert wurde. Auslöser für diese Unruhen waren die hohe allgemeine Arbeitslosigkeit, Frustration über die in weiten Teilen dysfunktionale Verwaltung, aber auch der Wechsel der diplomatischen Loyalität von Taiwan zu China im September 2019 und die Weigerung der Regierung, mit den Demonstranten, die dies kritisierten, zu sprechen. Diese Demonstranten kamen zu einem guten Teil aus Malaita, dessen Provinzregierung sich im Dauerstreit mit der Zentralregierung um Macht und Einfluss im Land befindet. Die Malaiter beklagen dabei, dass sie auf Kosten einer korrupten Elite eines aufgeblähten öffentlichen Sektors in der Hauptstadt marginalisiert werden, welche alle Ressourcen vereinnahmt. Tatsächlich lebt auf Malaita mehr als ein Drittel der salomonischen Gesamtbevölkerung, es gibt aber nur sieben Prozent der im ganzen Land verfügbaren Jobs. Vor allem aus Malaita kam der größte Widerstand gegen eine intensivere Zusammenarbeit mit China, was seinen Grund in der guten Ausstattung mit Entwicklungshilfegeldern durch Taiwan und die USA hat.

Viele der Probleme der Solomon Islands, welches international als eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder gilt, haben jedoch tiefere Ursachen. 1978 war eine Nation gegründet worden, deren einzelne Gesellschaften in voreuropäischer Zeit keine regionale bzw. überregionale Zusammenarbeit gekannt hatten und vielfach sogar verfeindet gewesen waren. Kulturelle Vielfalt und relative Isolation prägen viele der Ethnien, die über 80 regionale Sprachen sprechen. Die Rivalität zwischen Guadalcanal und Malaita fußt u.a. auf der unterschiedlichen sozialen Ordnung. Während auf Guadalcanal viele Gruppen

matrilinear organisiert sind, d.h. die Kontrolle über das Land und die Ressourcen von Frauen ausgeübt wird, sind diese auf Malaita ausschließlich patrilinear organisiert. Durch den langjährigen Bürgerkrieg von 1988-1998 auf der benachbarten Insel Bougainville, die geographisch zu den Salomonen-Inseln, politisch jedoch zu Papua-Neuguinea gehört, kam es in erheblichen Ausmaße zu einer Proliferation von automatischen Waffen, welche den bürgerkriegsartigen Konflikt des Jahres 2000 sowie die jahrelangen Kämpfe von selbsternannten Milizen im Inneren von Guadalcanal deutlich anfachten.

Raubbau an den Ressourcen, eine inkompetente, von Korruption, Kollusion und Nepotismus geprägte politische Kaste, welche die partikularen Interessen der jeweiligen Provinzen über jene des Gesamtstaates stellt, sowie äußere Einflussnahmen, sowohl vom Westen als auch von China, prägen die Gegenwart dieses „failing state“. Der jetzige Premierminister Manasseh Sogavare, ursprünglich in Papua-Neuguinea als Sohn einer Missionarsfamilie von Choiseul geboren, amtiert nach 2000-2001, 2006-2007, 2014-2017 nun bereits zum vierten Mal seit April 2019 mit einer Parteienkoalition namens Democratic Coalition Government for Advancement (DCGA). Widerstand sowohl von Seiten der Opposition als auch aus den eigenen Reihen, bekämpft er rigoros. Am 21. September 2019 hat die Regierung Sogavare die Volksrepublik China anerkannt und damit die Anerkennung Taiwans nach 36 Jahren abgelöst. In einer Erklärung verkündete Sogavare, dass die Entscheidung im nationalen Interesse und das Ergebnis einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe sei, welche das „One China Principle“ favorisierte. Pragmatischer Hintergrund dafür waren von China in Aussicht gestellte Millioneninvestitionen in die unterentwickelte Infrastruktur der Solomon Islands.

## Von besonderer Relevanz ist:

- Als wichtigster Gegenspieler zu Premier Sogavare hat sich in den vergangenen Jahren der Premier der Provinzregierung von Malaita, Daniel Suidani, herauskristallisiert. Dieser hatte wiederholt von Taiwan als auch den USA Millionenbeträge an Entwicklungshilfe erhalten, wobei letztlich die genaue Verwendung der Gelder zumindest teilweise im Unklaren blieb. Fakt ist, dass sich Suidani einer strikt antichinesischen Politik verpflichtet fühlt und in seiner Provinz chinesische ökonomische Aktivitäten verbot. Suidani wird durch die Gruppe „Malaita for Democracy“ („M4D“) unterstützt, die auch vor progromartigen Drohungen gegenüber chinesischen Staatsangehörigen nicht zurückschreckt. Bei den jüngsten Ausschreitungen im November 2021 in der Hauptstadt Honiara wurden vor allem Geschäfte in Chinatown geplündert und zerstört. Dabei verstarben vier Menschen. Viele der Demonstranten kamen aus der Provinz Malaita, was Premierminister Sogavare veranlasste, zu betonen, dass die Krise von ausländischen Mächten beeinflusst und gefördert worden sei und dass die Einflussnahme auf Malaita von jenen Kräften ausgehe, die keine Beziehungen zur Volksrepublik China wollten. Sogavare bat daraufhin die australische Regierung um Hilfe, die dann Polizisten und Militär zu den Salomonen schickte. Auch aus Papua-Neuguinea, Fidschi und Neuseeland wurden Soldaten und Polizisten zu den Solomon Islands entsandt. Ende Dezember 2021 bot China an, Polizeiausrüstung und sechs Verbindungsbeamte der Polizei, die die lokalen Polizisten trainieren sollen, zu entsenden – ein Angebot, welches Sogavare annahm.
- Bereits damals wuchs die Besorgnis seitens der westlichen Länder, dass China seinen Einfluss auf den Solomon Islands ausbauen könnte. Aufsehen und Widerstand erregte vor allem die bereits 2019 erfolgte Unterzeichnung eines Pachtvertrags für einen Teil der Insel Tulagi mit den Chinesen, die dort einen Hafen und Flughafen, eine exklusive Wirtschaftszone sowie in weiterer Folge sogar einen Öl- und Gasterminal errichten wollen. Tulagi (früher: Florida Island) liegt Guadalcanal nördlich vorgelagert und war vor dem Zweiten Weltkrieg in britischer Kolonialzeit der wichtigste Stützpunkt im Inselarchipel. Tulagi verfügt über eine entsprechend günstige infrastrukturelle Basis sowie einen Tiefwasserhafen, der von der chinesischen Sam Enterprises Group mit Sitz in Peking entwickelt werden soll. Betont wird dabei immer, dass es sich um zivile Projekte (z.B. die Errichtung eines Betriebs zur Fischverarbeitung) handelt, und chinesische Kriegsschiffe nur versorgt werden sollten. Das Beispiel von Djibouti, der bislang einzigen chinesischen Marinebasis außerhalb des chinesischen Meeres, zeigt jedoch, welchen Umfang die vor Ort errichteten Installationen sowie die stationierten Einheiten annehmen können.
- Die chinesische Strategie ist offensichtlich: Unternehmen werden vorgeschickt, um durch Investitionen Handelsstützpunkte zu sichern. Dies folgt einer den gesamten Pacific-Rim umfassenden Vorgangsweise. Die Sam Enterprise Group fokussiert auf die Salomonen, die Xiamen Hongii Yongye Investment Group nimmt die Philippinen ins Visier, die Tianjin Union Investment Development Group agiert in Kambodscha und die Asia Pacific Yuanhao Group (APX) ist in El Salvador aktiv. Im Prinzip kopieren die chinesischen Unternehmen das Verhalten der früheren europäischen Ostindien-Kompagnien, welche Märkte etablierten und Gebiete für eine spätere Kolonisierung aufbereiteten, nach dem Motto „die Flagge folgt dem Handel“.

## So sehe ich das:

Mit einem chinesischen Marinestützpunkt auf den Solomon Islands – egal ob auf Tulagi, oder an anderen Orten des Inselarchipels – müsste die gesamte geostrategische Architektur des Südwestpazifiks aus westlicher Sicht einer Neuausrichtung unterzogen werden. Für Australien läge ein solcher Stützpunkt wie ein Sperrriegel zwischen dem australischen Kontinent und dem östlichen Melanesien sowie Polynesien. Insbesondere die ökonomisch wichtigen Seewege von Australien nach Norden, vor allem nach Ostasien, wären damit leichter von China kontrollier- und blockierbar und bedürften eines verstärkten Schutzes. Ebenso hätten Staaten wie Papua-Neuguinea, die derzeit im unmittelbaren Einflussbereich Australiens liegen, aber nicht unbedingt Australien-freundlich gesinnt sind, eine alternative „Andock“-möglichkeit, was deren Neigung, die westlichen Mächte und China zum eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen, erhöhen könnte.

Der Westen scheint diese neue Entwicklung chinesischer Einflussausweitung nicht hinnehmen zu wollen. Während Australien zwar höchst beunruhigt ist und auf diplomatischen Kanälen intensiv interveniert, versuchen die USA wesentlich konkreter zu agieren. Analysten beobachten die finanzielle Unterstützung, welche von den USA und Taiwan insbesondere an politische Entscheidungsträger in Malaita vergeben wird, mit wachsender Besorgnis. Befürchtet wird, dass damit eine Finanzierung separatistischer Bewegungen auf den Salomonen einhergeht, die letztlich einen Bürgerkrieg wie ab dem Jahr 1998 hervorrufen könnten. Nachdem Sogavare 2019 den Schwenk von Taiwan zur Volksrepublik China vollführt hatte, sagten die USA damals prompt Malaita 25 Millionen US-Dollar Entwicklungshilfe zu. Dieser ungewöhnlich hohe Betrag (er entspricht mehr als dem 50-fachen dessen, was die Provinz 2018 von allen Ländern insgesamt an Hilfe erhielt) wurde, so die Vermutung, zur Finanzierung des Aufbaus gewaltbereiter

Separatistenbewegungen verwendet, welche die Zentralregierung destabilisieren und gegebenenfalls stürzen sollen. Auch 2022 flossen bereits Gelder aus den USA an Suidani.

Die US-Botschafterin für die Solomon Islands, Erin McKee, bekannte im Dezember 2021 offen, dass sie die Regierung des Inselstaates für korrupt halte und forderte die Bewohner auf, die USA gegenüber China zu bevorzugen. In Suidani, dem Provinzpremier von Malaita, haben die USA und die westlichen Mächte, die an einer Zurückdrängung des chinesischen Einflusses interessiert sind, einen Verbündeten, der bereit ist, mit Sogavare auf Konfrontationskurs zu gehen. Sogavare verbot Ende 2021 die Gruppe M4D, während Suidani eine Selbstverwaltung und sogar eine Unabhängigkeit von Malaita ins Spiel brachte. Die Zeichen stehen auf Eskalation. Tatsächlich stehen nach jüngsten Umfragen nur neun Prozent der Solomon Islander hinter ihrem Premier, wenn es um engere Zusammenarbeit mit China geht. 91 Prozent favorisieren eine Kooperation mit den liberalen Demokratien. Möglich ist, dass kurzfristig die gewaltsamen Konflikte zunehmen, und dass mittelfristig aus diesem Konflikt ein Bürgerkrieg wird, bei dem eine Seite auf chinesische Unterstützung hofft, während die andere auf US-Unterstützung setzt. Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges werden wach, wenn man die Entwicklungen vor dem Hintergrund der systemischen Konkurrenz zwischen dem Westen und China und deren Ringen um den Erhalt bzw. den Gewinn von Einflussphären betrachtet. Die Solomon Islands könnten so zu einem Beispiel der „neuen Proxy Wars“ werden, jener Stellvertreterkriege, welche die Zukunft globaler Systemkonkurrenz im „Kalten Krieg 2.0“ zunehmend prägen werden.